

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1887

14.12.1887 (No. 295)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 14. Dezember.

№ 295.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf. Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, wofelbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. Einrückungsgebühr: die gewöhnliche Zeitzeile oder deren Raum 18 Pfennige, Briefe und Gelder frei.

1887.

Nicht-Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 13. Dezember.

Wie ein Telegramm aus Wien uns berichtet, hat in der Hofburg unter dem Vorsitze Seiner Majestät des Kaisers Franz Josef heute Vormittag eine zweite militärische Konferenz stattgefunden. An derselben nahmen Erzherzog Albrecht, der Reichsriegsminister Graf Bylandt-Abeydt, der Chef des Generalstabs, Feldmarschall-Lieutenant Frhr. v. Bed. und verschiedene Sektionschefs des Kriegsministeriums Theil. Nachdem gelegentlich der ersten derartigen Konferenz das Wiener „Freundenblatt“ erklärt hat, daß über das Ergebnis der Beratungen nichts in die Öffentlichkeit gebracht werden solle, dürfte sich auch der Verlauf dieser Konferenz der Kenntnis weiterer Kreise entziehen; indessen ist die Thatsache dieser wiederholten militärischen Konferenzen unter dem persönlichen Vorsitze des höchsten Kriegsherrn auch an sich schon bedeutungsvoll genug. Sie beweist, daß man an höchster Stelle in Wien den Ernst der militärischen Lage vollumfänglich würdigt und mit der sorgfältigen Prüfung der Frage beschäftigt ist, welche Konsequenzen sich aus dieser Lage für die österreichische Heeresverwaltung ergeben.

In den nächsten Tagen werden vier Wochen verfließen sein, seit das Ministerium Rouvier seine Entlassung eingereicht hat. So lange währte die Ministerkrise, die nicht bloß auf Handel und Wandel in Frankreich einen peinlichen Druck ausübte, zumal sie mit einer Präsidentenwahlstrife verquickt war, sondern die auch in alle Zweige der Staatsverwaltung, in alle Gebiete des öffentlichen Dienstes eine Unsicherheit hineintrug. Dem Senator Tirard ist es nun gelungen, Frankreich aus der Noth der Kabinetstrife zu befreien und ein neues Ministerium zu Stande zu bringen. Das Ministerium Tirard dürfte, von seiner Zusammenfügung abgesehen, schon deshalb bei einem großen Theile der französischen Bevölkerung sympathisch aufgenommen werden, weil seine Bildung dem unerträglichen Provisorium ein Ende gemacht hat. Das neue Kabinet besteht aus drei Senatoren, nämlich Tirard selbst, der mit dem Vorsitze im Kabinet die Leitung des Finanzministeriums übernommen hat, Faure (Unterrichts- und Loubet (öffentliche Arbeiten), sowie aus fünf Deputirten, Fallières (Justiz), Sarrien (Inneres), Dautresme (Handel), de Mahy (Marine) und Viette (Ackerbau). Zwei Minister gehören nicht dem Parlament an, Florens, der Minister des Auswärtigen, und der Kriegsminister General Logerot. Daß General Ferron nicht Kriegsminister geblieben, sondern durch Logerot ersetzt worden ist, bildet eigentlich die einzige Uebersetzung bezüglich der Zusammenfügung des neuen Kabinetts. General Logerot war früher Kommandant des 19. Corps in Metz und kommandirte zuletzt das 8. Corps, dessen Generalstab in Bourges liegt. Logerot gilt für einen tüchtigen General, als Kriegsminister wird er wahrscheinlich die von seinem Vorgänger Ferron ausgearbeiteten militärischen Gesetzentwürfe in der Hauptsache übernehmen. Von den fünf der Deputirtenkammer entnommenen Ministern gehören Viette und de Mahy der radikalen Linken an, während die übrigen gemäßigtere Republikaner sind. Nach erfolgter Neubildung des Kabinetts wird heute im Senat und in der Deputirtenkammer die Antrittsbotschaft des Präsidenten Sadi Carnot verlesen werden. In einem gestern Abend im Elysee abgehaltenen Kabinetstheile theilte der Präsident seinen neuen Ministern den Inhalt der Botschaft mit. Da Sadi Carnot seine Wahl zum Präsidenten der Vereinigung aller Republikaner verdankt, so hält er sich für verpflichtet, ein Programm zu befolgen, welches die Unterstützung aller republikanischen Gruppen finden könnte, zumal ein solches Programm das einzige Mittel ist, um einen entscheidenden Einfluß der republikanischen Parteien auf den Gang der Staatsgeschäfte auszusprechen. Die Botschaft des Präsidenten betont, wie ein aus Paris vorliegendes Telegramm meldet, als die beiden großen Ziele der Bestrebungen Sadi Carnots: Aufrechterhaltung des Friedens nach außen hin und eine Versöhnung der Parteien im Innern des Landes. Mit diesen Grundzügen des Programms Carnot's könnte man sich wohl in Frankreich wie im Auslande einverstanden erklären. Sadi Carnot hat jedoch schon bei den Mühseligkeiten der Kabinettsbildung einen Vorgesmack davon bekommen, welche gewaltigen Schwierigkeiten sich der Lösung der Aufgabe, eine mehr als momentane Verständigung der republikanischen Gruppen herbeizuführen, in den Weg stellen. Der Versöhnlichkeitspolitik des neuen Präsidenten steht die Unversöhnlichkeit der Parteien gegenüber; die Radikalen wollen auf eine Verwirklichung ihrer Forderungen nicht länger warten und betrachten jeden als einen Feind, der sich ihrem Ungeheuer widersetzt. Wenn die Zwietracht der Radikalen und der gemäßigten Republikaner auch in der kurzen Zeit der noch restirenden Kammertagung, in der es sich im Wesentlichen nur um die Genehmigung der provisorischen Budgetzwölftel handelt, dem Ministerium Tirard nicht gefähr-

lich werden wird, so dürfte doch beim Wiederzusammentritt der Kammern auch der alte republikanische Bruderszwist bald wieder aufblühen.

Dem Bundesrath ist das Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und Oesterreich-Ungarn wegen Verlängerung des Handelsvertrags zugegangen, wonach letzterer bis 30. Juni 1888 in Kraft bleibt. Im Falle seiner der beiden Staaten bis 15. Februar 1888 die Absicht kundgibt, die Wirkungen des gedachten Vertrags aufzuheben zu lassen, bleibt derselbe bis zum Ablauf eines Jahres von dem Tage, an welchem der eine oder andere der vertragschließenden Theile ihn gekündigt haben wird, in Kraft. In der beigegebenen Denkschrift wird betont, daß die Anbahnung neuer Vertragsverhältnisse mit Oesterreich auf weiterer Grundlage im Auge behalten werde. Es heißt in der Denkschrift:

Schon im vergangenen Frühjahr hat die k. u. k. österreichisch-ungarische Regierung ihre Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben, mit Deutschland in Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Handelsvertrags auf erweiterter Grundlage einzutreten. Die Regierung Seiner Majestät, obwohl in diesem Grade bemüht, den Handelsbeziehungen zwischen beiden Nachbarreichen eine thunlichst ausgedehnte vertragsmäßige Grundlage zu sichern, konnte jedoch den Zeitpunkt nicht für geeignet erachten, dieselben in so fortige Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn einzutreten. Dieselbe glaubte vielmehr zunächst eine abwartende Haltung einnehmen zu sollen, ohne indessen der von österreichisch-ungarischer Seite gegebenen Anregung gegenüber sich im Prinzip ablehnend zu verhalten. Inzwischen befestigte sich auf beiden Seiten die Ueberzeugung, daß auf das Zustandekommen eines definitiven Zoll- und Handelsvertrags bis zum Ablauf des bestehenden Vertrags nicht mehr gerechnet werden konnte. Um der unter diesen Umständen drohenden Eventualität eines, wenn auch nur vorübergehenden vertragslosen Zustandes vorzubeugen, welcher weder den Interessen unseres Handels und unserer Industrie, noch den freundschaftlichen Beziehungen beider Reiche entsprechen würde, erschien es angemessen, eine provisorische Verlängerung des bestehenden Vertragsverhältnisses ins Auge zu fassen. Die kaiserl. und königl. österreichisch-ungarische Regierung hatte sich an die Parlamente beider Reichshälften gewandt, um sich von denselben die Ermächtigung ertheilen zu lassen, den Handelsvertrag mit Deutschland auf 6 Monate, d. i. bis zum 30. Juni 1888 zu verlängern. Die Regierung Seiner Majestät dagegen glaubte, im Sinne des von der einheimischen Geschäftswelt bei mehrfachen Anlässen kundgegebenen Wunsches nach thunlichster Stabilität gelegentlich der Handelsabmachungen mit anderen Ländern, auch für die provisorische Verlängerung des bestehenden Vertrags von vornherein einen längeren als sechsmonatlichen Zeitraum in Aussicht nehmen zu sollen. In diesem Bestreben fand dieselbe zwar bei der österreichisch-ungarischen Regierung bereitwilliges Entgegenkommen, so daß im Wesentlichen durch das vorliegende Abkommen die Verlängerung des bestehenden Vertrags auf unbestimmte Zeit mit einjähriger Kündigungsfrist angebahnt werden konnte. Da jedoch der österreichische Reichsrath inzwischen verhandelt war und seine Wiedereröffnung im Laufe dieses Jahres nicht mehr in Aussicht stand, so mußte der österreichisch-ungarischen Regierung die Möglichkeit offen gehalten werden, für die über den 30. Juni 1888 hinausgehende Vertragsverlängerung die Genehmigung ihrer Parlamente im neuen Jahre zu erholen. Eventuell den Vertrag zu dem letztgenannten Termin wieder zu kündigen. Als Endtermin für diese Kündigungsfrist ist der 15. Februar 1888 festgesetzt worden, einseitig, weil bis dahin die österreichisch-ungarische Regierung in der Lage sein wird, die erforderliche parlamentarische Genehmigung für die Fortdauer des Vertrags über den 30. Juni 1888 hinaus einzuholen, andererseits um die im Interesse der Geschäftswelt beider Theile gelegene längere Kündigungsfrist thunlichst bald in Wirksamkeit treten zu lassen. Nach der vorliegenden Fassung wird der Vertrag demnach, sofern derselbe bis zum 15. Februar 1888 von seiner Seite gekündigt ist, vom 30. Juni 1888 ab auf unbestimmte Zeit fortzuwirken, mit der Maßgabe, daß derselbe erst nach Ablauf eines Jahres von dem Tage ab, an welchem er von der einen oder von der anderen Seite gekündigt worden sein wird, außer Kraft tritt. Durch die Verlängerung des gegenwärtigen Vertragsverhältnisses auf unbestimmte Zeit wird indessen in keiner Weise ausgeschlossen werden, daß die Regierung Sr. Majestät die Anbahnung eines neuen Vertragsverhältnisses mit Oesterreich-Ungarn auf weiterer Grundlage im Auge behalten, und sobald sie die Möglichkeit erwünschlichen Vorgehens auf dem Wege förmlicher Vertragsverhandlungen gegeben sieht, auf diesem Wege für die ihr anvertrauten Interessen eintreten wird.

Deutschland.

* Berlin, 12. Dez. Im Laufe des heutigen Vormittags erledigte Seine Majestät der Kaiser Regierungsanangelegenheiten, nahm den Vortrag des Oberhof- und Hausmarschalls Grafen Porporino entgegen und arbeitete später auch noch längere Zeit mit dem Chef des Zivilkabinetts Winkl. Geh. Rath v. Wilmski. Nachmittags stattete Ihre Kaiserliche Hoheit die Großfürstin Katharina von Rußland, verwitwete Herzogin Georg von Mecklenburg-Strelitz, nebst Tochter, Herzogin Helene von Mecklenburg-Strelitz, den kaiserlichen Majestäten im königlichen Palais einen Besuch ab. Später hatte Seine Majestät der Kaiser alsdann noch Konferenzen mit dem Vizepräsidenten des Staatsministeriums, Minister des Innern von Puttkamer, und dem Staatssekretär Grafen Herbert Bismarck. Um 5 Uhr findet im königlichen Palais eine kleinere Familientafel von etwa 11 Gedecken statt, an

welcher auch Ihre Kaiserliche Hoheit die Großfürstin Katharina von Rußland nebst Tochter, Herzogin Helene von Mecklenburg-Strelitz, Theil nehmen werden und zu der auch der Prinz und die Prinzessin Wilhelm am Nachmittage von Potsdam nach Berlin kommen.

Die „Nationalzeitung“ schreibt: Aus einem hierher gelangten Schreiben der Frau Kronprinzessin sind wir in der Lage, die folgenden Stellen mitzutheilen:

„Villa Zirio, San Remo, 7. Dezember 1887. ... Wir machen eine schwere Prüfungszeit nach allen Richtungen durch; aber das Gefühl, daß die Nation uns nicht vergißt — mit uns hofft, mit uns fühlt, — ist ein unendlich tröstliches, erhebendes und beglückendes! Wenn Gott es so will — so wird dieses Vertrauen auch ferner dem Kronprinzen als kostbares Gut erhalten bleiben und ihm zur Erreichung seiner Ziele die beste Hilfe sein. Wie viel Zeit ihm noch beschieden werden soll, wer kann es wissen! Aber wenn man ihn so frisch und blühend sieht, kann man nur seinen Kräften und seiner guten Natur vertrauen und daran glauben, daß ihm die Gesundheit zur Erfüllung seiner Pflichten nicht fehlen wird, wenn er auch im günstigsten Falle lange noch sich wird schonen müssen und seine Stimme wenig gebrauchen können. Meine Gedanken sind fortwährend mit unseren Vereinen beschäftigt und ich empfinde es schmerzhaft, aus der Ferne so wenig wirken zu können.“

Seine Hoheit der Erbprinz und Ihre Kgl. Hoheit die Erbprinzessin von Meiningen haben heute Abend die Reise nach San Remo angetreten, wo zu Weihnachten Seine Kaiserliche Hoheit der Kronprinz bis auf den Prinzen Wilhelm von allen seinen Kindern umgeben sein wird. Die Privatnachrichten des Hofes über den Kronprinzen lauten, wie der „Allg. Ztg.“ von hier gemeldet wird, andauernd günstig.

Ans Friedrichsruhe wird bestätigt, daß der Reichskanzler Fürst Bismarck von seinem plötzlichen Unwohlsein wieder hergestellt ist; der Fürst konnte heute Nachmittag wieder eine Spazierfahrt unternehmen. Auch auf eine von der Redaktion der „Polit. Korresp.“ nach Friedrichsruhe gerichtete Anfrage antwortete der Reichskanzler, daß er sich wieder wohl befinde, aber noch ruhebedürftig sei.)

Wie es heißt, sollen die Weihnachtsferien des Reichstages nach einem Beschluß des Seniorenkongresses bis zum 17. Januar dauern. Vor den Ferien dürfte außer der dritten Beratung der Zollvorlage noch die erste Lesung der Wehrvorlage stattfinden.

Dem Reichstag wird dem Vernehmen nach in nächster Zeit eine weitere Vorlage zugehen, welche bezweckt, den jetzigen Telegraphenverkehr zwischen Deutschland und England zu verstaatlichen. Die Kosten, die insbesondere durch Ankauf eines vorhandenen, einer Privatgesellschaft gehörenden Kabels entstehen werden, belaufen sich auf annähernd sieben Millionen Mark. Gleichzeitig sollen die Depeschengebühren zwischen England und Deutschland beträchtlich ermäßigt werden.

Die Budgetkommission des Reichstages erledigte heute das Ordinarium des Militäretats, ohne Abstriche vorzunehmen. Auch wurde der noch zurückgestellte Kasernenbau in Kehl gutgeheißen, da sich die Grundlosigkeit der in einer Gegenpetition hervorgehobenen Bedenken herausgestellt hatte. Damit ist der ganze Militäretat fertiggestellt, abgesehen von der Frage der Vermehrung der Kadettenanstalten, welche am Mittwoch behandelt werden wird. Auf von einigen Mitgliedern geäußerten Wunsch, das Magazingewehr kennen zu lernen, zeigte der Kriegsminister dessen Gebrauch.

Dresden, 12. Dez. Vorgefien entschloß auf ihrer Villa zu Dresden nach kurzer Krankheit Ihre Hochfürstliche Durchlaucht die Prinzessin Pauline Viktorie Anna Wilhelmine von Schleswig-Holstein. Sie wurde am 9. Februar 1804 geboren als die Tochter des Prinzen Friedrich Karl Emil von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, eines am 14. Juni 1841 verstorbenen Bruders des Großvaters des jetzigen Chefs des Gesamtthauses Holstein, des Herzogs Ernst Günther Hoheit. Ein Bruder der vereinigten Prinzess, Prinz Waldemar, war in preussischem Kriegsdienste zuletzt Gouverneur von Mainz; sie war die letzte von den vier lange Zeit in Dresden lebenden fürstlichen Schwestern. In weiten Kreisen hinterläßt die hohe Verbliebene durch ihren milden, wohlthätigen Sinn eine fühlbare Lücke.

Leipzig, 12. Dez. Aus der Vernehmung des wegen Landesverrats angeklagten Cabannes ist noch hervorzuheben, daß derselbe im Jahre 1887 nochmals nach Paris reiste, um bei Oberst Vincent Geldansprüche geltend zu machen, mit dem Erfolg, daß ihm weitere 1000 Francs zugesichert wurden. Von den Zeugen wurden heute nur Botenmeister Brückner und Landesgerichtsrath Leoniau-Strasburg vernommen. Der Präsident des Reichsgerichts konstatierte, daß die in die Hände der französischen Regierung gelangten Verwaltungsberichte ein Bild geben von den Kulturverhältnissen Elsaß-Lothringens und erkennen lassen, welche Hilfsmittel bei einem Kriegsfalle die deutschen beziehentlich französischen Heere daselbst vorfinden.

München, 12. Dez. Hofrath Josef v. Schels, der Hofsekretär und Administrator des Privatvermögens Sr. Königl. Hoheit des Prinz-Regenten Luitpold, ist gestern Abend im 71. Lebensjahre gestorben.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 12. Dez. Der ungarische Handelsminister Graf Paul Szeghényi hat infolge eines Herzleidens seine Entlassung genommen; zu seinem Nachfolger soll der Vizepräsident des Unterhauses, Graf Bela Banffy, ausersehen sein.

Zu böhmischen Landtag kam es am Freitag zu einer für die tschechischen Ansprüche und die Art, wie sie von den jungtschechischen Wortführern vertreten werden, charakteristischen Verhandlung. In der Sitzung bearbeitete der jungtschechische Führer Dr. Gregar in 2 1/2 Stunden Rede den von ihm und 8 jungtschechischen Abgeordneten eingebrachten Antrag betreffend die Verordnung des Unterrichtsministers bezüglich der Aufhebung der tschechischen Realschulen in Leitomischl, Pilsen, Tabor und Kuttenberg, welcher Antrag dahin geht, die Schulkommission des Landtags zu beauftragen, die Wirkungen zu prüfen, welche die Aufhebung der vorgenannten 4 Realschulen auf die nationale und kulturelle Entwicklung der tschechischen Nation hatte, und in dieser Richtung dem Landtage entsprechende Anträge zu unterbreiten. Dr. Gregar erging sich bei der Begründung seines Antrages in den heftigsten, leidenschaftlichsten Angriffen gegen den Unterrichtsminister Dr. v. Gausch, dem er vorwarf, daß er ein bewußter Feind des tschechischen Volkes und dessen kultureller Entwicklung sei, daß derselbe überhaupt die Kultur der slawischen Völker in Oesterreich zu unterdrücken bestrebt sei, damit die Deutschen über die Slawen in Oesterreich herrschen könnten. Der Statthalter ergriff sofort, nachdem Dr. Gregar seine Rede beendet, das Wort, um die, wie er sagte, maßlosen und unbegründeten Angriffe Gregars gegen die Regierung und den Unterrichtsminister insbesondere zurückzuweisen; der Statthalter fügte hinzu: „Es ist für den Regierungsvorstand selbstverständlich unmöglich, bei einer solchen Forderung in einem Moment, wo ein anerkannt verheerender und sehr gediegener Parlamentarier nach vielmönatiger oder wenigstens vielwöchiger Vorbereitung seine Rede mit allem möglichen gesammelten Material dem Landtage vorträgt, sofort meritorisch und sachlich zu erwidern; ich behalte mir vor, im Verlaufe der Verhandlung jedenfalls in die Details einzugehen, für heute werde ich mir nur erlauben, auf zwei Punkte zu antworten. Der eine Gegenstand betrifft den Ausdruck des Abg. Dr. Gregar, daß jede österreichische Regierung auf die Zufriedenheit des böhmischen Volkes Werth legen muß. In diesem Punkte stimme ich ihm vollkommen bei. Ich erkläre aber, daß jede österreichische Regierung eben solchen Werth legen wird auf die Zufriedenheit aller Völker dieses Reiches. Das ist ihr Programm, das ist ihre Fahne und dieser Fahne wird sie treu bleiben. Ein zweites, was ich zu sagen habe, ist mit aller Entschiedenheit zu erklären, daß bei den Verfügungen Sr. Exc. des Hrn. Unterrichtsministers lediglich diktatorisch-politische Gründe und absolut keine persönliche feindselige Absicht an die Schulkommission gewiesen wurde schließlich mit Mehrheit an die Schulkommission gewiesen, ein Theil der Rechten (Groszgrundbesitz) stimmte gegen diese Zuweisung. Die dichtbefetzte Galerie begleitete die heftigen Auslassungen Gregars gegen den Unterrichtsminister wiederholt mit Beifallskundgebungen, infolge dessen der Oberlandmarschall zweimal sich veranlaßt fand, das Galeriepublikum zu ruhigem Verhalten aufzufordern.“

Belgien.

Brüssel, 12. Dez. Ueber die Verhältnisse im Congo giebt es neuerdings günstigere Nachrichten hier eingetroffen, welche die Lage daselbst als eine wesentlich gesünder erscheinen lassen.

Ueber die Kohlenindustrie Belgiens ist von dem Arbeitsministerium ein amtlicher Bericht für das Jahr 1886 veröffentlicht worden. Nach demselben hat die gesammte Kohlenproduktion dieses Jahres einen Werth von 142,500,000 Francs gehabt, wovon 106,500,000 Francs auf das Hennegau fallen. Die Verkaufspreise sind verhältnißmäßig zurückgegangen, daß man auf die Jahre 1849 bis 1852 zurückgehen muß, um gleich niedrige Preise zu finden. Die Zahl der von den belgischen Kohlenwerken beschäftigten Arbeiter beträgt 100,282, darunter sind 14,000 Knaben und Mädchen unter 16 Jahren. Rechnet man Weiber und Kinder zusammen, so machen sie den vierten Theil aller Arbeiter aus, obwohl infolge des Gesetzes von 1884 diese Verhältnisse sich gebessert haben sollten. Der ausgezahlte Lohn betrug 78,564,000 Francs, so daß jeder Arbeiter durchschnittlich einen Jahreslohn von 783 Francs erhalten hat, also 2.14 Francs per Tag. Der Lohn ist gegen das Vorjahr abermals zurückgegangen, sodas die Klagen der belgischen Kohlenarbeiter nicht unberechtigt sind. Die Lage der Kohlenwerksgesellschaften ist auch keine sehr günstige; 77 Kohlenwerke haben einen Gewinn von 8,749,000 Francs erzielt; 67 haben mit einem Verluste von 3,598,000 Francs gearbeitet. Der Gesamtgewinn für 1886 stellt sich auf 5,151,000 Francs. Das ist kein glänzendes Ergebnis; im Jahre 1872 betrug der Gewinn 35 Millionen Francs, 1873 sogar 93 Millionen Francs; seitdem ist mit jedem Jahre der Gewinn sehr erheblich gesunken; 1876 betrug er nur noch 4 Millionen Francs; 1882 und 1883 war sogar ein Verlust von 1,500,000 Francs vorhanden. Aus dem Berichte geht ferner hervor, daß für die Arbeiter, die für die Erhaltung und Erweiterung der Produktion erforderlich sind, immer weniger Mittel verwendet werden; das Jahr 1886 war nach dieser Richtung hin besonders traurig. Die Kapitalisten ziehen sich immer mehr von der belgischen Kohlenindustrie zurück und so erscheint nach amtlicher Auffassung ihre Zukunft in recht trübem Lichte.

Frankreich.

Paris, 12. Dez. Das Befinden Ferry's wird fortwährend besser, doch darf derselbe auf Anrathen der Aerzte das Zimmer noch nicht verlassen. Aus den Bemerkungen des Attentäters Aubertin geht hervor, daß derselbe nicht ganz zurechnungsfähig ist. Er scheint keinen Mißthunigen zu haben. Ferry erhält Sympathiebezeugungen in großer Menge. Der „Temps“ meldet, daß das diplomatische Corps sich bei Ferry einschreiben ließ und daß gegenwärtig bereits über 10,000 Telegramme, Briefe und Karten bei Ferry eingelaufen seien. Der „Temps“ fügt hinzu, daß Ferry namentlich viele Beweise der Theilnahme von Elsassern und Lothringern erfahren und als ihm dieselben vorgelegt wurden, gesagt habe: „Das sind Karten, die entschieden auf die Angriffe antworten, die ich von Seiten einiger Blätter erlitten habe, welche übrigens trotz dieser Zeugnisse morgen nach wie

vor meinen Patriotismus in Zweifel setzen werden; aber glauben Sie mir, das Land beurtheilt alle Vorgänge mit Einsicht und verurtheilt diese heftige Polemik vollständig.“ Der „Temps“ sagt in Bezug auf die Theilnahme Frankreichs an einer Konferenz über die marokkanische Frage, es handle sich dabei nicht um die innere Lage Marokkos, sondern lediglich um die Regelung der Frage des Schutzes von Ausländern oder Eingeborenen, welche den Schutz der ausländischen Konsuln anrufen. Die französische Regierung habe stets erklärt, sie sei bereit, an einer Konferenz theilzunehmen, die sich auf diesen Punkt beschränke; sie habe auch Spanien aufgefordert, seine Anträge genau zu formuliren; es sei dies aber seitens Spaniens bis jetzt nicht geschehen.

Schweiz.

Bern, 13. Dez. (Tel.) Die Bundesversammlung wählte sämtliche jetzigen Bundesräthe für die neue dreijährige Amtsdauer wieder. Zum Bundespräsident wurde Fretzstein, zum Vizepräsident Hammer wieder gewählt.

Italien.

Rom, 12. Dez. Der italienische Botschafter in Petersburg, Graf Greppi, ist durch Erlass des Königs vom gestrigen Tage zur Verfügung des Ministeriums gestellt.

Großbritannien.

London, 12. Dez. Die Zuckerkonferenz berieht heute den Bericht des Subkomite's, welcher sich einstimmig dahin ausspricht, daß die Schwierigkeiten bezüglich der Raffinerie in Lagers nicht unüberwindlich seien und ferner die Steuer auf den raffinierten Zucker in der Form, wie er zur Konsumtion gelangt, empfiehlt. Jeder Nation wird es überlassen, selbst die Einrichtungen für die Steuererhebung zu treffen. Nur der französische Delegirte hatte verschiedene Einwürfe untergeordneter Bedeutung erhoben. Die Konferenz wurde darauf bis Mittwoch vertagt, um den auswärtigen Regierungen Zeit zu lassen, den Bericht zu prüfen.

Rumänien.

Bukarest, 12. Dez. Die hervorragendsten Mitglieder der liberalen Partei hatten für gestern eine öffentliche Versammlung einberufen, worin folgende Resolution angenommen wurde: Angesichts der heftigen und unüberlegten Angriffe, welche die Opposition täglich nicht nur gegen die Regierung und die liberale Partei, denen Rumänien verdankt, heute unabhängig und geachtet dazustehen, sondern selbst gegen den Thron richtet, dessen Verbindung mit der Nation durch das auf den Schlachtfeldern vergossene Blut gestiftet wurde und in welchem das Land mächtigen Schutz gegen auswärtige Gefahren und die Erhaltung des Friedens und der inneren Wohlfahrt gefunden hat, protestiren die eng um den Thron gescharften Bürger der Hauptstadt energisch gegen derartige, den nationalen Interessen feindselige Antriebe und erklären sich zu den größten Opfern bereit, um der liberalen Partei, deren Führer Ivan Brateanu ist, zu ermöglichen, ruhig das Werk der Aufrichtung und Kräftigung Rumäniens zu verfolgen.

Bulgarien.

Sofia, 12. Dez. Der kürzlich gemeldeten Reise des derzeitigen bulgarischen Vertreters in Konstantinopel Bulkwitsch nach Sofia war ein politischer Zweck zugeschrieben worden. Die Reise scheint mit der Ernennung des genannten Politikers zum ständigen Vertreter Bulgariens bei der Pforte bestanden zu haben. Wie heute gemeldet wird, ist mit vorheriger Zustimmung der Pforte Bulkwitsch jetzt zum ständigen Agenten Bulgariens in Konstantinopel ernannt worden; morgen reist er von hier wieder ab.

Zeitungsstimmen.

Zur europäischen Lage schreibt die „Nationalliberale Korrespondenz“: „Es ist in diesen Tagen ein Jahr her, daß das Militärgesetz im Reichstag und in dessen Kommission zur Verthaltung fand und der Versuch der Reichstagsmehrheit, die Nothlage des Vaterlandes zu einer parlamentarischen Nothverweigerung auszunutzen, die Nation in jene mächtige Erregung zu setzen begann, welche nachher in den Reichstagswahlen vom 21. Februar so bedeutungsvoll zum Ausdruck kam. Seitdem ist, dank der glücklicheren Zusammenfügung des Reichstags, das Militärgesetz zu Stande gekommen, es sind für die Ausrüstung der Truppen, strategische Bahnen, Festungsbauten und dergl. gewaltige Kredite bewilligt worden, ein neues Landwehr- und Landsturmgesetz, welches die militärische Verwenbarkeit und die Zahl dieser Truppen steigern wird, ist für die nächste Zeit im Reichstag angekündigt. Mit diesen Maßregeln wird unsere Kriegsbereitschaft auf eine Höhe gebracht, die als eine kaum mehr zu übertreffende bezeichnet werden muß. Wir können allen Wechseln des Schicksals mit dem Bewußtsein entgegensehen, zur Abwehr auch der gewaltigsten Kriegsgefahren Alles gethan zu haben, was in unseren Kräften steht. In unserer eigenen gewaltigen militärischen Rüstung und in dem Bündnis der drei Mittelmächte besitzen wir eine Bürgschaft des Friedens, die wohl noch manche Gefahren abwenden wird.“

Ueber die Ansichten der Koruzollvorlage äußert die „Allgemeine Zeitung“: „Es ist, wie schon angedeutet, höchst unwahrscheinlich, daß über die Zollfrage in der zweiten Beratung der Kommission irgend ein Ergebnis erzielt wird. Es fehlt den Kommissionsmitgliedern der Vertheilung der großen Mehrzahl ihrer Fraktionsgenossen oder wenigstens der Freunde ihres Standpunktes, und außerdem will Niemand gerne seine letzte Karte zu früh auszuspielen. Welches diese bei den Agrariern ist, bleibt zur Stunde noch ungewiß, da namentlich die Entscheidung über die Aufhebung des Identitätsnachweises die Meinungen vielfach spaltet. Darüber darf jedoch schon jetzt in den interessirten Kreisen Beruhigung herrschen, daß die Härten ausgeglichen werden, welche die rückwirkende Kraft einer etwa beschlossenen neuen Zollhöhung nach dem Wortlaut des § 2 vielfach hervorgerufen würde. Im Reichstage hält man mit Recht daran fest, daß die Getreidezollfrage unter allen Umständen vor den Weihnachtstagen erledigt werden muß, auch auf die Gefahr hin, daß der Anfang derselben sich infolge dessen um einige Tage verzögert.“

Die „Konservative Korrespondenz“ bittet die Mitglieder der deutschen Reichspartei und „des einsichtigeren Flügel der Nationalliberalen“, in ernster Erwägung zu nehmen, ob die weitere Erregung und Aufwühlung des deutschen Volkes in dem Kampf um die hier vorliegende Frage zum Behalten unseres Staatswesens beitragen kann. Auf konservativer Seite ist man so sehr vom Gegentheil überzeugt, daß man der Agitation für die Erhöhung der Getreidezölle bisher absichtlich noch nicht die volle, mögliche Schärfe gegeben hat und die ruhigeren Schichten unseres Volkes gern unberührt davon lassen möchte, wenn es möglich ist — nur verlange man nicht den Preis eines noch größeren Uebels für diesen Verzicht, d. h. die Zustimmung zu halben Maßregeln, die den Untergang unserer Landwirtschaft nicht verhindern, kaum nennenswerth aufhalten, und doch allen gehässigen Angriffen des Feindes und der Sozialdemokratie die Thüre öffnen würden. Die Nachgiebigkeit einer solchen Zumuthung gegenüber wäre der schwerste Fehler, den die Deutschkonservativen als eine patriotische Partei nur begehen könnten und der sich bitter an ihr rächen würde. Das ist unsere feste Ueberzeugung, die wir keineswegs leichten Herzens zum Ausdruck bringen; denn wir zweifeln zwar keinen Augenblick, daß, wenn es jetzt zu einem negativen Ergebnis betreffs der Koruzollvorlage und demgemäß zu neuen heftigeren Kämpfen kommt, der schließliche Sieg uns gewiß ist; aber in diesen Kämpfen würde doch Manches auf dem Gebiete der seltenen Parteilichkeit zum Besten der gemeinsamen nationalen Sache wieder verloren gehen, was kaum erst mühsam gewonnen ist und was wir nicht ohne aufrichtiges Bedauern sich wieder verflüchtigen sehen würden.“

Die „Post“ äußert ihre Ansicht dahin: „Trotz des negativen Ergebnisses der ersten Lesung der Koruzollvorlage ist eine Verständigung unter den gesetzmäßigen Anhängern eines stärkeren Schutzes der Landwirtschaft auf einem mittleren Sag, vielleicht in Verbindung mit der Aufhebung des Identitätsnachweises, wahrscheinlich.“

Badischer Landtag.

* Karlsruhe, 13. Dez. 4. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer unter dem Vorsitze des Präsidenten Geheimraths C. v. Seyfried.

Am Regierungstische: zuerst der Präsident des Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts, Geheimrath Dr. Koff, und Ministerialrath Dr. Dörner, später Staatsminister Dr. Turban, Ministerialrath Buchenberger, Geh. Referendar Zittel und Generaldirektor Geheimrath Eifenlohr.

Der Präsident entließ sich zu Beginn der Sitzung zunächst der Aufgabe, dem Hohen Hause Bericht zu erstatten im Namen der Herren, welche dasselbe beauftragt hat, seine Antwort auf die Thronrede Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog unterthänigst zu überreichen, indem er bemerkt, Seine Königliche Hoheit hätte bei dem der Deputation gewährten Empfange die Adresse quäbdest entgegengenommen und geäußert, mit welcher Genugthuung er — wie seit einer langen Reihe von Jahren — so auch an diesem Tage die Versicherung der Hingebung und des Vertrauens aufnehme, welche Ihm und Seinem Hause seitens der Kammer jederzeit durch die That bewährt worden seien.

Seine Königliche Hoheit gerührt, die hohe Zuversicht auszusprechen, daß auch auf diesem Landtag die angeklagten Gesetzentwürfe von der Kammer mit der Umsicht und Sorgfalt würden geprüft werden, welche zum Wohle des Landes gereichen.

Höchstselbe habe warmen Dankesempfindungen Ausdruck verleihen für die Theilnahme an der schweren Erkrankung des Deutschen Kronprinzen und für die Hoffnungen und Wünsche, von welchen er die Kammer erfüllt sehe.

Höchstselbe habe sich huldvollst bereit erklärt, der Bitte der Ersten Kammer, daß durch Seine Vermittlung der Deutsche Kronprinz von diesen Gefühlen der Theilnahme Kenntniß erlange, zu entsprechen, so schwer Ihm auch die Erfüllung sein werde. Er hoffe, in die Lage zu kommen, eine Antwort des Kronprinzen der Kammer dereinst mittheilen zu können.

Seine Königliche Hoheit hätte endlich die Deputation beauftragt, den Mitgliedern des Hohen Hauses Höchste Anerkennung und Seinen Dank für die in der Adresse niedergelegten Geminnungen zu überbringen.

Weiter gibt der Präsident bekannt, daß die Herren Prälat Dr. Doll und Kaufmann Noppel ihr Fernbleiben von der heutigen Sitzung, Ersterer durch unerschiedliche Dienstgeschäfte, Letzterer durch die Theilnahme an den Verhandlungen des Reichstags entschuldigt haben.

Der Präsident bringt folgende Einläufe zur Kenntniß des Hauses:

1. ein Schreiben des Präsidenten des Großh. Ministeriums des Innern, womit eine Anzahl Exemplare des Reichsgesetzblattes Nr. 14 von 1886, enthaltend das Reichsgesetz, die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen betr., zur Vertheilung übermittelt wird;
2. ein Schreiben des Präsidenten des gleichen Ministeriums mit einer Nachweisung über die Erledigung der der Großh. Staatsregierung auf dem Landtag 1885/86 von der Ersten Kammer überwiesenen Petitionen, soweit solche den Geschäftskreis des Ministeriums des Innern betreffen;
3. Mittheilungen des Präsidenten der Hohen Zweiten Kammer, inhaltlich deren

- a. der Gesetzentwurf, die Landarmenpflege betr., durch jenes Haus angenommen wurde,
- b. die Prüfungen der Rechnung der Großh. Oberrechnungskammer für die Jahre 1885 und 1886 seitens der Zweiten Kammer vorgenommen wurde,
- c. von den Rechnungsnachweisungen für 1884/85 diejenigen des Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts in Tit. II und III der Einnahmen und Tit. VII, VIII, IX und X der Ausgaben, diejenigen des Großh. Ministeriums der Finanzen in

Tit. I—VI der Einnahmen und Tit. I—IV, VI—VIII, XIII, XIV und XIV a. der Ausgaben.

Dieserigen der Groß. Oberrechnungskammer in Einnahmen und Ausgaben, sowie diejenigen der Eisenbahnbetriebs-Verwaltung, der Bodenseedampfschiffahrts-Verwaltung, der Main-Neckar-Eisenbahnverwaltung, der Werkstätte- und Magazinverwaltung für unbeanstandet erklärt wurden.

Das Sekretariat zeigt an, daß ein Schreiben des Vorstandes des Ausschusses des Landesvereins für Arbeiterkolonien in Baden unter Zusendung mehrerer Exemplare eines von dem Hausvater der badischen Arbeiterkolonie Ankenbuch herausgegebenen Schriftchens und eine Petition des Gemeinderaths Saig, Amts Neustadt, die Fortsetzung der Höllethalbahn über Löffingen betr., an das Hohe Haus gelangt sind.

Den ersten Gegenstand der heutigen Tagesordnung bildet die Berathung des von dem Frhrn. Rüdert von Collenberg namens der Justizkommission erstatteten Berichts über den Gesetzentwurf, die Führung der Grund- und Pfandbücher in einigen Städten betr.

Indem wir uns vorbehalten, über die an diesen Gegenstand sich anschließende Diskussion, an welcher sich außer dem Berichterstatter die Herren Geheimrath Dr. Schulze und Landgerichtspräsident Dr. v. Rottel sowie seitens der Groß. Regierung Geheimrath Dr. Roff beteiligten, in unserer morgigen Nummer des Näheren zu berichten, beschränken wir uns für heute auf die Mittheilung, daß schließlich der Gesetzentwurf bei Namensauftrag einstimmig Annahme fand.

Weiter erstattet Frhr. Ernst Aug. v. Göler aus Auftrag der Budgetkommission mündlichen Bericht über die Denkschrift der Groß. Oberrechnungskammer, die Ergebnisse der Rechnungsabhör für 1885/86 betr. Dieselbe gibt zu keiner Beanstandung Veranlassung.

Sodann berichteten die nachgenannten Mitglieder namens der Budgetkommission über folgende Rechnungsnachweisungen:

Graf v. Helldorf über diejenigen des Staatsministeriums über Ausgabebetitel I—VII und Einnahmetitel I und II im ordentlichen und außerordentlichen Etat des Groß. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts;

Frhr. Karl v. Göler über Ausgabebetitel VII—XI a. und Einnahmetitel III im ordentlichen und außerordentlichen Etat des gleichen Ministeriums;

Frhr. v. Radvitz über diejenigen des Groß. Ministeriums des Innern;

Frhr. Ernst August v. Göler über diejenigen der Groß. Oberrechnungskammer; Kommerzienrath Sander über diejenigen der Eisenbahnbetriebsverwaltung;

Geheimrath Dr. Grahof über diejenigen der Eisenbahnbetriebsverwaltung und der Eisenbahnmagazinverwaltung sowie der Bodensee-Dampfschiffahrtsverwaltung, endlich Kommerzienrath Sander über diejenigen der Main-Neckar-Eisenbahnverwaltung.

Diese Rechnungsnachweisungen werden sämtlich auf Antrag der Kommission in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Hohen Zweiten Kammer unter Genehmigung der Berathung in abgefügter Form von dem Hause für unbeanstandet erklärt.

Zu Tit. VI der Ausgabe im ordentlichen Etat des Groß. Staatsministeriums (Matrilinearbeiträge zur Reichskasse) schließt sich auf Antrag des Berichterstatters Grafen v. Helldorf das Hohe Haus dem von der Zweiten Kammer ausgesprochenen Wunsche an, es möchte die Groß. Regierung künftig nicht mehr allein das Resultat der aus den Beziehungen zur Reichskasse folgenden Rechnungsergebnisse, sondern auch den Weg, auf welchem man zu diesem Resultate gelange, im Einzelnen zur Darstellung bringen. Weiter gibt zu § 120 des Ausgabebetitels XI des ordentlichen Etats des Groß. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts der Berichterstatter Frhr. Karl v. Göler den Wunsch zu erkennen, es wolle künftig bei einer so ansehnlichen Ueberschreitung dieser Position, wie sie die vorliegenden Rechnungsnachweisungen darthun, seitens der Groß. Regierung eine nähere Erläuterung der Gründe derselben gegeben werden.

Nunmehr berichtet Frhr. Ernst August v. Göler über den Vollzug der Prüfung der Rechnungen der Groß. Oberrechnungskammer für 1885/86 und gelangt zu dem Antrage, das Hohe Haus wolle diese Rechnungen für unbeanstandet erklären und der Oberrechnungskammer die nachgesuchte Entlastung erteilen; diesem Antrage wird entsprochen.

Der Genannte erstattet ferner mündlichen Bericht über die Prüfung der Rechnungen des Archivars der Ersten Kammer über die Kosten des Landtags 1885/86 und des außerordentlichen Landtags von 1887, und beantragt namens der Kommission, dem Rechner unter dem Ausdruck des Dankes und der Anerkennung für die pünktliche Rechnungsführung das Abolutorium zu erteilen und Berathung in abgefügter Form zuzulassen; das Haus beschließt demgemäß.

Auf Vorschlag des Präsidenten wird sodann der Gesetzentwurf, die geschlossenen Hofgüter betr., der Kommission für Justiz und Verwaltung zur Berichterstattung überwiesen;

2. der von der Zweiten Kammer angenommene Gesetzentwurf, die Kosten der Landarmenpflege betr., an die Budgetkommission gegeben und

3. für den Gesetzentwurf, die Kranken- und Unfallversicherung betr., eine besondere Kommission von 7 Mitgliedern bestellt, in welche bei der sofort vorgenommenen Wahl die Herren Frhr. v. Hornstein-Binningen, Frhr. Karl v. Göler, Frhr. Rüdert v. Collenberg,

Senatspräsident Dr. v. Stöffer, Landgerichtspräsident Dr. v. Rottel, Kaufmann Noppel und Gutsbesitzer Stein gewählt wurden.

Nunmehr erfolgt durch den Präsidenten der Schluß der heutigen Sitzung, welche die letzte vor dem Weihnachtsfeste war.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 13. Dezember.

(Mittelbadischer Bauverband der Gewerbevereine.) Im Rathhaus zu Achern wurden am Sonntag, den 11. d. M. die im Auftrage des Herrn Reichsanwalters ausgearbeiteten Grundzüge zur Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter, von den Vertretern der Gewerbevereine Achern, Baden, Bühl, Bruchsal, Ettlingen und Karlsruhe eingehend durchberathen und Herr Fabrikant L. Schwindt als Vertreter bei der von Groß. Ministerium des Innern zu gleichem Zwecke in Aussicht genommenen Versammlung gewählt. Im Allgemeinen stand man der Vorlage sympathisch gegenüber, wenn auch einige Kleinhandwerksmeister sich gegen jede neue Besteuerung verwehrten. Bedauert wurde, daß die Altersversorgung erst nach vollendetem 70. Lebensjahre eintreten sollte, und es war die Mehrheit der Ansicht, solche sollte schon mit dem 60. Jahre beginnen, während ein weiterer Antrag, die Rente auf mindestens 200 und höchstens 350 Mark festzusetzen, weniger Anhang fand.

(Baden, 12. Dez. (Bazar.) Am Samstag und Sonntag wurde auf Allerhöchsten Wunsch Ihrer Königl. Hoheit der Großherzogin in den Räumen des „Hotel Meßner“ eine Ausstellung von Arbeiten der Schule für Kunstfertigkeit des Badischen Frauenvereins veranstaltet, welche sehr geschmackvoll arrangirt war und glänzenden Beweis ablegte für die hervorragende Leistungsfähigkeit der in den Kursen des Vereins ausgebildeten Kräfte. Die zahlreich erschienenen Besucher äußerten sich sehr anerkennend über die ausgestellten Gegenstände und wurden viele Ankäufe gemacht.

(Schwellingen, 11. Dez. (Die neuen Glocken) für die hiesige evangelische Kirche sind gestern eingetroffen. Aus der hiesigen Glockengießerei in Frankenthal hervorgegangen, wurden dieselben am gestrigen Vormittag von der Geistlichkeit, den Kirchgemeinderäthen und der Schullandung vor der Stadt eingeholt, um sodann, reich bekränzt, in feierlichem Zuge ihrem Bestimmungsort zugeführt zu werden. Die Glocken der katholischen Kirche begrüßten mit festlichem Geläute die ankommenden Schwelger. Diese wurden alsbald zu der Glockenstube des neuen Thurmes emporgewunden, von wo sie dem Vernehmen nach erstmals in der Sylvesternacht ihre Stimmen erschallen lassen sollen, da der Gottesdienst vorläufig noch im Zirkelhaus des Groß. Schlosses abgehalten wird.

(Konstanz, 12. Dez. (Alpenverein. — Konzert. — Witterung.) Die hiesige Sektion des Deutschen und Oesterreichischen Alpenvereins vermag mit Befriedigung auf das beständige Anwachsen der Zahl seiner Mitglieder zu blicken. Wie in der kürzlich abgehaltenen Generalversammlung konstattirt wurde, stellt sich diese Zahl gegenwärtig auf 337. Den größten Sprung machte sie vor einigen Jahren gelegentlich der hier abgehaltenen Generalversammlung des Gesamtvereins; seitdem aber geht es immer noch allmählich aufwärts. Ein von der Sektion seit einiger Zeit geplantes Unternehmen, nämlich die Herausgabe eines Führers von Konstanz und Umgegend, ist nunmehr soweit vorbereitet, daß man im nächsten Jahr an seine Auslieferung hoffen zu können. — Unser „Gemischter Chor“ gab letzten Donnerstag ein großes Konzert, das sehr befriedigend verlaufen ist und die Leistungen des Chors in ein helles Licht gestellt hat. Eine junge, in hiesiger Stadt lebende Pianistin, Frln. Schlegel, hatte dabei Gelegenheit, sich erstmals vor dem hiesigen Publikum zu produzieren. Dieselbe erzielte einen vollen Erfolg. — Das Wetter ist hier am See immer noch warm, man könnte glauben, noch im Oktober zu leben.

Verschiedenes.

(Straßburg i. E., 11. Dez. (Polizeiverordnung.) Zu der bereits erwähnten Verfügung betr. die öffentliche Anbringung von Aufschriften und Anknüpfungen, durch welche namentlich dem Mißbrauch der französischen Sprache entgegengetreten werden soll, sind jetzt einige Ausführungsbestimmungen ergangen. Es wird darin zunächst gesagt, daß unter öffentlicher Anbringung nur solche in Läden, Schaufenstern, Gärten u. s. w., (sowie an Kleidungsstücken (z. B. an den Mägen der Angestellten von industriellen Etablissements u.) zu verstehen ist. Alle diese Aufschriften bedürfen, wenn sie neu angebracht, bezw. erneuert werden, der behördlichen Erlaubnis. Für Aufschriften in deutscher Sprache kann die Erlaubnis mündlich eingeholt und gewährt werden. Aufschriften in französischer oder einer sonstigen fremden Sprache sind innerhalb des deutschen Sprachgebietes in der Regel nicht zu gestatten, dazu gehören auch die Preisankündigungen in Fremdwährung. (Bereits vorgefunden sind die Geschäftsklebe, welche in den Schaufenstern ihre Weiße nach nach Franken und Centimen angeben, angewiesen, dieselben binnen 2 Tagen durch Bezeichnungen in Mark und Pfennig zu ersetzen.) Allgemein auch in Altdenkmal übliche Bezeichnungen, wie Café, Hôtel, Restaurant u. dgl. sind jedoch zu gestatten. Unter besonderen Umständen, so im Interesse des internationalen Verkehrs bei Gasthöfen, Wankhäusern, Apotheken, Buchhandlungen u. dgl., kann neben der deutschen Aufschrift auch eine solche in einer oder mehreren fremden Sprachen gestattet werden. Die Polizeikommissare und Bürgermeister können letztere Erlaubnis innerhalb des deutschen Sprachgebietes nur erteilen, nachdem sie zuvor die Genehmigung des Kreisdirectors eingeholt haben. Es ist deshalb stets ein schriftlicher, der Stempelpflicht unterworfenen Antrag des Geschäftshalters zu fordern. — Es finden diese Bestimmungen nicht nur die Willigung der altdenkmalen Kreise, auch die altfassenischen Geschäfte, welche aus gewissen materiellen Rücksichten den Gewohnheiten von vor 1870 folgten, sind vielfach froh, der Wahl und Dual überhoben zu sein. Wer aber wirklich aus Demonstrationstun auf der Französelei festhielt, für den ist der kleine Zwang sicher recht notwendig, nachdem ihm 17 Jahre Zeit gelassen, sich selbständig in die neuen Verhältnisse zu finden.

Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.) Berlin, 13. Dez. Der Reichstag nahm heute die zweite Lesung der Getreidezollvorlage vor und beriet zunächst über den Weizen- und Roggenzoll. Brömel sprach für die ablehnenden Beschlüsse der Kommission,

während seiner Rede eingehend auf Pfaffert's Vorschlag, den Weizenzoll auf 4 M. und den Roggenzoll auf 3 M. festzusetzen, sowie auf den Antrag Grad's, den Zoll für Weizen und Roggen auf 4 M. zu bestimmen. Mirbach spricht für die Zollsätze der Regierungsvorlage, Hammacher gegen jede Zollerhöhung, für die Aufhebung des Identitätsnachweises und für zollfreie Einfuhr.

Windthorst befürwortet seinen Antrag, den Zoll auf 5 M. festzusetzen; er bemerkt, der Antrag sei ein Kompromiß zwischen den verschiedenen Anschauungen in seiner Partei. Pfaffert zieht seinen Antrag, den Weizenzoll auf 4 und den Roggenzoll auf 3 M. festzusetzen, zurück. Ricker spricht gegen jede Zollerhöhung. Staatsminister Lucius tritt für die Zollsätze der Vorlage ein. Er erklärt, er sei nicht ermächtigt, anzugeben, wie sich die Regierung zum Vorschlage Windthorst's stellen würde; alle niedrigeren Sätze würden entschieden abgelehnt werden.

Finanzminister Dr. v. Scholz tritt gleichfalls für die Regierungsvorlage ein. Bei der Abstimmung werden die Zollsätze der Regierungsvorlage (6 Mark für Weizen und Roggen) mit 238 gegen 108 Stimmen abgelehnt; die Folge der Abstimmung über den Zollsatz ist 5 Mark für Weizen.

Berlin, 13. Dez. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht ein Schreiben des Hofmarschalls Radolinski aus San Remo, welches besagt, daß die täglich sich mehrenden Zeichen der Theilnahme Seine Kaiserl. Hoheit den Kronprinzen veranlassen, nochmals seinen wärmsten Dank auszusprechen. Gleichzeitig ist Höchstselben zu Ohren gekommen, daß in der Heimath vielfach von öffentlichen und privaten Festlichkeiten im Hinblick auf sein Leiden Abstand genommen werde. Der Kronprinz ist hierdurch innig gerührt, indessen ist demselben der Gedanke peinlich, daß die Krankheit, die einen langwierigen Charakter anzunehmen scheint, eine in das öffentliche Leben so tief eingreifende Störung hervorruft. Der Kronprinz wünscht daher, daß die Festlichkeiten und Vergnügungen des Winters, zumal gegenwärtig eine entschiedene Besserung des Leidens eingetreten, in hergebrachter Weise stattfinden.

Leipzig, 13. Dez. Im Hochverrathprozeß gegen Cabannes wurde das Zeugenverhör fortgesetzt. Es wurden die Aussagen des Kanzleisekretärs Heymann, der Kanzlisten Neumann und Schlinghoff, des Bureauvorstehers Haas, sämtlich aus Straßburg, ferner der Steinbrücker Schottkowsky (Mey) und Schmidt (Kolmar) und des Kreisboten Gof (Wolsheim) gehört. Dieselben lauteten insgesamt schwer belastend für den Angeklagten. Es stellt sich immer mehr heraus, daß Cabannes eine sehr umfassende Thätigkeit entfaltet hat, um in den Besitz von Material zu gelangen, welches er Frankreich auslieferte.

Wien, 13. Dez. Das „Fremdenblatt“ schreibt: Angehts der Konjekturen und Kommentare, welche einige speziell ungarische Blätter an das Gerücht von der Demission des Grafen Kalnoky knüpfen, erscheint es nothwendig, von neuem auf das Bestimmteste zu konstatiren, daß dieses Gerücht ausschließlich auf Börsenmanöver zurückzuführen ist und daher auch alle Erörterungen, mit denen inländische und ausländische Blätter diese, in ernsteren Kreisen nicht einen Augenblick beachtete Nachricht begleiten, von selbst hinfällig werden.

Paris, 13. Dez. Die Botschaft des Präsidenten Carnot betont besonders die Nothwendigkeit einer Politik der Eintracht und der Beruhigung zur Verbesserung der Finanzen und Einführung praktischer Reformen. Wenn die Kammer die Regierung in der Verwirklichung dieses Planes unterstützen, würden sie Europa ein sehr werthvolles Pfand dafür geben, daß Frankreich von dem glühenden Wunsche befeuert sei, zur Befestigung des allgemeinen Friedens beizutragen. Sie würden dadurch die Erhaltung und Entwicklung guter Beziehungen zu den Mächten leicht machen.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Harber in Karlsruhe.

Witterungsbeobachtungen der Metzrosol. Station Karlsruhe.

Dezember	Barom. mm	Therm. in C.	Wind. in mm	Relative Feuchtigk. in %	Wind. in m.	Witterung.
12. Nachts 9 U.	756.6	+ 1.6	50	96	C	bedeckt
13. Morgs. 7 U. 1/2	752.8	+ 0.0	3.7	81	SW	wenig bew.
13. Mittags 2 U. 1/2	749.7	- 0.3	4.6	100	SW	bedeckt

1) Neiß, 2) Rebel. Wasserstand des Rheins. Magau, 13. Dez., Morgs. 5.52 m. gestiegen 32 cm.

Uebersicht der Witterung. Einem Maximum von 771 mm über Oesterreich liegt ein Minimum von etwa 730 mm westlich von den Hebriden gegenüber, so daß auf dem dazwischen liegenden Gebiete südliche und südöstliche Winde vorherrschend geworden sind, die über Großbritannien häufig aufzutreten. Ueber Deutschland ist das Wetter ruhig, ziemlich heiter und kälter. Die Frostgrenze erstreckt sich bis zur Linie Utrecht-Altkirch, Geminis meldet Minus 7, Bamberg und Prag melden Minus 8 1/2 Grad. (Deutsche Gewerbezt.)

Frankfurter telegraphische Kursberichte vom 13. Dezember 1887.

Staatspapiere.	Staatssch.	Banknoten.	Währ.	Währ.
4 1/2% Deutsche Reichsanleihe	106.50	178 1/2	178 1/2	178 1/2
4% Preuss. Anleihe	106.50	181	181	181
4% Baden in R.	103.50	135 1/2	135 1/2	135 1/2
4% Württemberg in R.	104.50	131.70	131.70	131.70
Oester. Goldrente	83.40	113.20	113.20	113.20
4% Ungar. Goldrente	79.10	118.30	118.30	118.30
1877r. Russen	97.10	118.30	118.30	118.30
1880r. Russen	78.90	118.30	118.30	118.30
II. Orientanleihe	82.70	118.30	118.30	118.30
Italien. comptant	96.20	118.30	118.30	118.30
Spanier	75.10	118.30	118.30	118.30
Banker	67.10	118.30	118.30	118.30
1/2% Serben	77.40	118.30	118.30	118.30
Banken.	281 1/2	118.30	118.30	118.30
Disconto Kommand.	191.40	118.30	118.30	118.30
Basler Bankverein	154	118.30	118.30	118.30
Barmer Bank	187.60	118.30	118.30	118.30
1/2% Serb. Hypoth. Obligations	118.30	118.30	118.30	118.30

Geburts-Anzeige.
 26. Freiburg i/B. Die heute früh erfolgte, glückliche Geburt eines Töchterchens beehren sich ergebenst anzuzeigen,
 Freiburg i/B., 12. Dez. 1887,
Fries, Premierlieutenant im Rheinischen Kürassier-Regiment Nr. 8.
 Frau **Luise Fries,** geb. Freiin Böcklin von Böcklinsau.

Billige Bücher für Weihnachten!
 Verzeichnis einer Auswahl (ca. 10000 Bände) aus unserem über 300000 Bände umfassenden antiquarischen Bücherlager ist sofort erschienen.
 Ferner wird ausgegeben:
 Katalog Nr. 133: Kunst-, Kupfer- und Holzschneidwerke. Prachtwerke. Kostumkunde. — 1150 Bände. R. 355.2.
 Früher erschien: Katalog Nr. 99: Volks- und Jugendschriften. — Sämtliche Kataloge sind gratis zu haben.
 A. Bielsfeld's Hofbuchh. Karlsruhe

Billige, höchst elegante Spiele!

 Das bewährte Europa. Ein militär. Korpusspiel mit farb. Abbildungen von 100 versch. Soldaten aller europ. Staaten. 2 M.
 Milano. Ein japanisches Kriegspiel. Hoch elegant ausgestattet. 4 M.
 Kaiser-Wilhelm-Spiel. Mit 1 großen Spielplan, 8 Schachfiguren, 1 Schachtafel etc. In einem Korb zum Transport. 2 M. 50 Pf.
 Verlag von Oskar Rühl in Leipzig. Vorrath bei:

der **G. Braun'schen** Hofbuchhandlung in Karlsruhe, Carl-Friedrichsstraße Nr. 14. R. 415.
 R. 372. In der **G. Braun'schen** Hofbuchhandlung in Karlsruhe ist zu haben:
Der Hundarzt und die Dressur des Hundes
 zu Kunststücken und zu Haus-, Hof- und Jagddiensten. Ferner 24 Beispiele von der Nichtigkeit der Hunde.
 Ein nützliches Buch für Jagdfreunde. Von Franz Clater. Pr. 1 M. 50 Pf.
 R. 417. 1. In **Weihnachts-Geschenken** empfehlen wir nachstehende, in unserem Verlag erschienene Werke:
M. von Freidorf:
 Rhodopis. Ein Märchen. Dr. J. B. v. Scheffel gewidmet. Geb. 2 M. 80 Pf.
 Ring, Kranz und Schleier. Ein Märchen als Brautwillkomm. Geb. 2 M. 80 Pf.
 Die Rosen der heiligen Elisabeth. Eine Legende in drei Akten. Ihrer Königl. Hoheit der Großherzogin Luise von Baden gewidmet. Geb. 3 M. 20 Pf.

Familienbibel des Neuen Testaments
 erklärt von
 Deban Dr. Emil Bittel.
 2 Bände. Geb. 22 M.

Die Bähringer in Baden
 von
Friedrich von Weech,
 Archivar
 am großh. badischen General-Landesarchiv.
 Illustriert von
Sermann Göb,
 Direktor an der großh. badischen Kunstgewerbeschule.
 Mit 10 Lichtdrucktafeln und 12 Holzschnitten.
 Geb. 10 M. Prachtausgabe 15 M.
 Karlsruhe, Dezember 1887.
G. Braun'sche Hofbuchhandlung.

Landauer Tagblatt
 (7. Jahrgang) R. S. 1.
 Landau (Pfalz).
 Erfolgreichstes Anzeigenorgan der mittleren (Süd- und Vorder-) Pfalz.

XYLOGRAPHISCHE ANSTALT KARLSRUHE
 fertigt Holzschneidwerke, Clichés, Entwürfe, schnell, exact, billig.
 5. Gottesauerstr. 5.

NEUE (13.) UMGEARBEITETE ILLUSTRIRTE AUFLAGE
Brockhaus' Conversations-Lexikon.
 Bestes Weihnachtsgeschenk.
 Das neueste vollständig vorliegende Conversations-Lexikon.
 16 BÄNDE U. SUPPLEMENTBAND
 MIT 434 TAFELN U. KARTEN
 JEDER BAND GEB. IN LEINWAND 9 M., HALBFRAZ 9 1/2 M.

Rathskeller Karlsruhe.
 Hiermit die ergebene Anzeige, daß von Mittwoch den 14. d. M. Abends 8 Uhr ab der Anstich des Bieres aus dem berühmten **Bürgerl. Bräuhaus zu München** (welches auf dem letzten deutschen Schützenfeste zu Frankfurt a. M. so großen Anklang gefunden hat), beginnt.
 Bei dieser Gelegenheit machen wir noch bekannt, daß am selben Abend eine geistliche Abendunterhaltung daselbst stattfindet, wobei zwar kein Entree erhoben, dagegen jedem Besucher gegen Entrichtung von 50 Pf. ein Programm eingehändigt wird, welches ihn berechtigt, der Unterhaltung beizuwohnen. Der hierfür eingenommene Betrag wird den Vereinen: **Krippe, Pfandnerhaus und Kleinkinder-Bewahranstalten** voll als Christbescherung gewidmet.
 In Anbetracht des wohlthätigen Zweckes haben eine berühmte **Wiener Siederfängerin**, sowie ein **Doppelquartett** hiesiger Gesangsvereine ihre freundliche Mitwirkung zugesagt und laden wir daher zu recht zahlreichem Besuche höflichst ein.
 R. 418. **Café Bauer.**

C. A. Zeumer, Kürschner,
 127 Kaiserstraße 127.
 hält sein großartig und reich sortirtes Lager fertiger **Pelzwaren** für Damen, Herren und Kinder angelegentlichst empfohlen. R. 296.3.
Reelle und prompte Bedienung. Außerst billige Preise.

Mechanische Musikwerke:
 Ariston, Herophon, Symphonion
 mit über 2000 auswechselbaren Metall- und Carton-Notenblättern.
 Notenverzeichnis gratis.
 Reparaturen derartiger Musikwerke werden angenommen und pünktlich besorgt. R. 724.3.
G. Schmidt-Staub,
 Kaiserstrasse 154, gegenüber der Infanteriekaserne.

WINOΣ ΕΛΛΗΝΙΚΟΣ
 Zu Festgeschenken.

GRIECHISCHE WEINE
 1 Probekiste mit 12 ganzen Flaschen, 12 ausgewählte Sorten von
LEMENZER
 Cephalaria, Corinth, Patras und Santorin.
 Flaschen u. Kiste frei. Ab hier zu 19 Mk.
 Neckargemünd.
 Niederlage in Karlsruhe bei **Friedrich Malsch.**

R. 133.11. Karlsruhe. **Fener, Fall- u. einbrenn-sichere Geld-, Bücher- und Dokumenten-Schränke** empfiehlt **Wilh. Weiss** Karlsruhe, Erbsprinzenstr. 24.
 R. 970.2. Nr. 637. Blittersdorf. **Stammholz-Verfeinerung.**
 Die Gemeinde Blittersdorf versteigert am Montag dem 19. d. Mts., Vormittags 10 Uhr anfangend, in ihrem mit dem Bedeuten vorgeladen, daß wenn sie sich nicht melden, sie nicht berücksichtigt werden.
 Adelsheim, den 5. Dezember 1887.
 Groß. Notar **Raber.**
 R. 241. Jahr. Zur Verlassenschafts-Ertheilung der **Jacob Spitz**

Diebstahl und auf der Schweinsweide folgende Holzorten:
 57 Eichen, 9 Hainbuchen, 10 Kuscheln, 9 Kirschenbäume, 7 Erlen, 12 Weiden und 86 Fappeln.
 Die Zusammenkunft ist um bejagte Zeit im Diebstahl nächst der Murg, Blittersdorf, den 9. Dezember 1887.
 Der Gemeinderath.
 Oberle, Bürgermeister.
 v. Fris.

Die für 1-365 Tage (1 Tag um Tag) ausgerechneten Zinsen aus 1-20000 M. (nebst Anhang für 360 Tage) geben
Kraft's Binstafeln
 (Regler, Stuttgart) in überflüssiger Anordnung, deutlichen Zahlen, leicht lesbar.
 Preis schön und solid gebunden: nur 3 M. 30 P.
 Zu haben in der G. Braun'schen Hofbuchh. in Karlsruhe. C. 858.28.

Bürgerliche Rechtspflege.
 Konkursverfahren.
 R. 421. Civ. Nr. 31450. Karlsruhe. Ueber das Vermögen des Kaufmanns **Jacob Jannet** in Karlsruhe wurde durch Beschluß des Gr. Amtsgerichts hieselbst, da der Gemeinschuldner keine Zahlungsunfähigkeit erklärt hat, heute am 12. Dezember 1887, Vormittags 11 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.
 Der Kaufmann **Wilhelm Werke** Jr. in Karlsruhe wurde zum Konkursverwalter ernannt.
 Konkursforderungen sind bis zum 12. Januar 1888 bei dem Gerichte anzumelden.
 Es ist zur Beschlußfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und einretenden Falls über die in § 120 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf Dienstag den 10. Januar 1888, Vormittags 9 Uhr, zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Freitag den 27. Januar 1888, Vormittags 9 Uhr, vor dem Gr. Amtsgerichte hieselbst, Alademierstraße Nr. 2, 1. Stock, Zimmer Nr. 2, Termin anberaumt.
 Allen Personen, welche eine zu Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schululdig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 12. Januar 1888 Anzeige zu machen.
 Karlsruhe, den 12. Dezember 1887.
 Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts: W. Frank.**

Erbeinweihungen.
 R. 374.3. Civ. Nr. 30375. Karlsruhe. Die Witwe des Deponenten **Georg Schmitt**, Barbara, geb. **Rißler** dahier, hat um Einlegung in die Gewahrsam des ehemännlichen Nachlasses gebeten. Etwasige Einreden sind binnen vier Wochen dahier vorzutragen.
 Karlsruhe, den 6. Dezember 1887.
 Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts: W. Frank.**
 R. 3945. Nr. 21734. Schwellingen. Das Gr. Amtsgericht Schwellingen hat unterm 22. v. M., nachdem auf die Aufforderung vom 30. September d. J., Nr. 17806, keine Einreden erhoben worden sind, erkannt, daß **Gastwirth Johann Weindl** u. **Witwe, Barbara, geb. Ries** von Friedrichsfeld, in Besitz und Gewahrsam der ehemännlichen Verlassenschaft einzuweisen sei.
 Schwellingen, den 1. Dezember 1887.
 Der Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts: Müller.**

Erbvordnungen.
 R. 388.1. Adelsheim. Die am 15. Januar 1887 verstorbenen Witwe des **Kandwirths Gottlieb Gerner**, Juliana, geb. **Lauer** in Sindolsheim, hat in ihrem Testamente nachgenannte Personen mit Vermächtnissen bedacht, und zwar:
 1. **Gottfried Sams**, Schreiner, Sohn des verstorbenen **Jacob Sams** von Sindolsheim.
 2. **Jacob Häfner**, Müller, Sohn des **Andreas Häfner** und dessen Ehefrau, Juliana, geb. **Silberjahn** von Sindolsheim.
 3. Die **Barbara, geb. Lauer**, Ehefrau des **Thomas Veiser** von Sindolsheim.
 4. Die geleglichen Erben der verstorbenen Juliana, geb. **Lauer**, verheiratet gewesen mit **Friedrich Lauer** von Sindolsheim.
 Der Aufenthalt dieser Personen ist unbekannt und werden dieselben zur Testamentsöffnung und Empfangnahme des Vermächtnisses unter Anberaumung einer Frist von drei Monaten mit dem Bedeuten vorgeladen, daß wenn sie sich nicht melden, sie nicht berücksichtigt werden.
 Adelsheim, den 5. Dezember 1887.
 Groß. Notar **Raber.**
 R. 241. Jahr. Zur Verlassenschafts-Ertheilung der **Jacob Spitz**

Erbeinweihungen.
 R. 374.3. Civ. Nr. 30375. Karlsruhe. Die Witwe des Deponenten **Georg Schmitt**, Barbara, geb. **Rißler** dahier, hat um Einlegung in die Gewahrsam des ehemännlichen Nachlasses gebeten. Etwasige Einreden sind binnen vier Wochen dahier vorzutragen.
 Karlsruhe, den 6. Dezember 1887.
 Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts: W. Frank.**
 R. 3945. Nr. 21734. Schwellingen. Das Gr. Amtsgericht Schwellingen hat unterm 22. v. M., nachdem auf die Aufforderung vom 30. September d. J., Nr. 17806, keine Einreden erhoben worden sind, erkannt, daß **Gastwirth Johann Weindl** u. **Witwe, Barbara, geb. Ries** von Friedrichsfeld, in Besitz und Gewahrsam der ehemännlichen Verlassenschaft einzuweisen sei.
 Schwellingen, den 1. Dezember 1887.
 Der Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts: Müller.**

Erbeinweihungen.
 R. 388.1. Adelsheim. Die am 15. Januar 1887 verstorbenen Witwe des **Kandwirths Gottlieb Gerner**, Juliana, geb. **Lauer** in Sindolsheim, hat in ihrem Testamente nachgenannte Personen mit Vermächtnissen bedacht, und zwar:
 1. **Gottfried Sams**, Schreiner, Sohn des verstorbenen **Jacob Sams** von Sindolsheim.
 2. **Jacob Häfner**, Müller, Sohn des **Andreas Häfner** und dessen Ehefrau, Juliana, geb. **Silberjahn** von Sindolsheim.
 3. Die **Barbara, geb. Lauer**, Ehefrau des **Thomas Veiser** von Sindolsheim.
 4. Die geleglichen Erben der verstorbenen Juliana, geb. **Lauer**, verheiratet gewesen mit **Friedrich Lauer** von Sindolsheim.
 Der Aufenthalt dieser Personen ist unbekannt und werden dieselben zur Testamentsöffnung und Empfangnahme des Vermächtnisses unter Anberaumung einer Frist von drei Monaten mit dem Bedeuten vorgeladen, daß wenn sie sich nicht melden, sie nicht berücksichtigt werden.
 Adelsheim, den 5. Dezember 1887.
 Groß. Notar **Raber.**
 R. 241. Jahr. Zur Verlassenschafts-Ertheilung der **Jacob Spitz**

Witwe, Theresia, geb. Häfel von Ottenheim, werden deren beide, angeblich nach Amerika ausgewanderten und dortselbst vermählten Söhne **Eduard Spitz**, **Weber**, und **Jacob Spitz**, Tagelöhner, mit Frist von 3 Monaten öffentlich vorgeladen, mit dem Bedeuten, daß im Falle ihres Nichterscheinens der Nachlass lediglich den übrigen gesetzlichen Erben zugewiesen wird.
 Der Groß. Notar.
 Kaiser, Gerichtsnotar.

Strafrechtspflege.
 Ladung.
 R. 420.1. Nr. 65,094. Mannheim. Der 30 Jahre alte ledige Cigarrenmacher **Max Halter** von Obermarchthal, zuletzt wohnhaft gewesen in Mannheim, wird beschuldigt, daß er als beurlaubter Reservist ohne Erlaubnis ausgewandert sei, Uebertretung gegen § 360 Nr. 3 St. G. B. Derselbe wird auf Anordnung des Gr. Amtsgerichts hieselbst auf Samstag den 21. Januar 1888, Vorm. 1/9 Uhr, vor das Gr. O. Schöffengericht Mannheim zur Hauptverhandlung geladen.
 Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derselbe auf Grund der nach § 472 der Strafprozeßordnung von dem Königl. Landwobezirkskommando zu Heidelberg ausgesprochenen Erklärung verurtheilt werden.
 Mannheim, den 10. Dezember 1887.
 Der Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts: Galm.**

Verm. Bekanntmachungen.
 R. 423. Karlsruhe.
Bekanntmachung
 Die gewerbemäßige Ausübung im Fußbeschlag betr.
 Der erste Lehrkurs im kommenden Jahre an den Fußbeschlagsschulen in Tauberbischofsheim, Mannheim, Karlsruhe, Freiburg und Weiskirch wird am 5. Januar f. J. beginnen.
 Gefühle um Aufnahme in die Schule sind alsbald an den Vorstand derjenigen Schule zu richten, welche besucht werden will. Auskunft über die Aufnahmebedingungen, über die Kosten des Unterrichts und den Lehrplan erteilen die Gr. O. Bezirksamter.
 Karlsruhe, den 12. Dezember 1887.
 Groß. Ministerialdirektor.
 Der Ministerialdirektor: **Eisenlohr.**

Bekanntmachung.
 Zur Fortführung der Vermessungswerte und der Lagerbücher nachfolgender Gemeinden ist im Einverständnis mit den Gemeinderäthen der beteiligten Gemeinden Tagfahrt jeweils auf dem Rathhause der betr. Gemeinde anberaumt für die Gemactung:
 1. **Battungen**, Mittwoch den 21. Dezember, Vormittags 9 Uhr;
 2. **Wülheim**, Freitag den 23. Dezember, Vormittags 9 Uhr.
 Die Grundeigentümer werden hiermit mit dem Anfügen in Kenntniß gesetzt, daß das Verzeichniß der seit der letzten Fortführung eingetretenen, dem Gemeinderath bekannt gewordenen Veränderungen im Grundeigentum während acht Tagen vor dem Fortführungs-termin zur Einsicht der Beteiligten auf dem Rathhause aufsteht; etwaige Einwendungen gegen die in dem Verzeichniß vorgemerkten Veränderungen in dem Grundeigentum und deren Beurkundung im Lagerbuch sind dem Fortführungsbeamten in der Tagfahrt vorzutragen.
 Die Grundeigentümer werden gleichzeitig aufgefordert, die seit der letzten Fortführung in ihrem Grundeigentum eingetretenen, aus dem Grundbuche nicht ersichtlichen Veränderungen dem Fortführungsbeamten in der bezeichneten Tagfahrt anzumelden. Ueber die in der Form der Grundstücke eingetretenen Veränderungen sind die vorgeschriebenen Handriffe und Nezahlungen vor der Tagfahrt bei dem Gemeinderath oder in der Tagfahrt bei dem Fortführungsbeamten abzugeben, widrigenfalls dieselben auf Kosten der Beteiligten vom Amtswegen beschafft werden müßten.
 Mülheim, den 11. Dezember 1887.
 Der Bezirksgeometer:
Fr. W. Meyer.

Bekanntmachung.
 R. 965.2. Nr. 519. Heitersheim.
Batante Arztstelle.
 Wegen Wegzug ist die hiesige Arztstelle erledigt. Für Armenbehandlung ist ein Honorar von circa 450 M. festgesetzt. Einem thätigen Arzte kann eine gute Praxis in Aussicht gestellt werden.
 Bewerber wollen sich an unterzeichnete Stelle wenden.
 Heitersheim, den 7. Dezember 1887.
 Das Bürgermeisteramt.
Müller.

Bekanntmachung.
 R. 1.1. Bruchsal.
Steuerkommissar-Gehilfe,
 ein gewandter, sucht zum Eintritt längstens bis 1. April 1888. Gehalt 1050 M.
 Gr. Obersteuerkommissar **Fräule.**
 (Mit einer Best. u. einer literarischen Beilage: Neue Weihnachtsgeschenke aus Belgien & A. Klingsberg's Verlagsanstalt in Bielefeld.)